

08/2017 – Interpellationsbeantwortung der Regierung

Die Regierung stellt sieben Ansätze vor, um die Steuerkraftunterschiede zwischen den Gemeinden zu reduzieren. Sie erachtet eine «komplette Neuausrichtung des Finanzausgleichssystems» aber nicht als notwendig, sondern möchte vorerst Massnahmen zur Reduktion der Steuerkraftunterschiede im Rahmen des bestehenden Systems prüfen (Regierung, 2017). Die Debatte im Landtag zeigt, dass ein Handlungsbedarf grossmehrheitlich unbestritten ist.

02/2018 – Postulat FBP

Abgeordnete der FBP greifen die Argumente der Regierung aus der Interpellationsbeantwortung in einem Postulat auf. Die Regierung soll Lösungen aufzeigen, wie die Steuerkraftunterschiede zwischen den Gemeinden konkret reduziert werden können. Ausserdem soll sie erläutern, bei welchen Aufgaben sie eine Entflechtung zwischen Land und Gemeinden als sinnvoll erachtet. Auch die Postulanten nehmen Bezug zur Studie von Zukunft.li (Landtag, 2018).

10/2018 – Postulatsbeantwortung der Regierung

Die Regierung favorisiert mit der Postulatsbeantwortung ein Modell, mit dem die Steuerkraft einer Gemeinde gekürzt wird, wenn sie ein bestimmtes Mass übersteigt. Sie will sich vom Landtag den Auftrag für eine Gesetzesvorlage geben lassen. Weitere Schritte bei der Entflechtung von Aufgaben erachtet sie als nicht notwendig (Regierung, 2018).

Im Landtag findet der Regierungsantrag keine Mehrheit, obwohl erneut praktisch alle Votierenden Handlungsbedarf beim Finanzzuweisungssystem orten. Gegner